

# Ein Virus bringt die Kooperation am Oberrhein an die Grenze oder: Deutsch-französische Verletzungen als Kollateralschaden von Corona

Annette Lipowsky

*Als das Robert-Koch-Institut am 11. März die Région Grand Est zum Corona-Risikogebiet erklärt, trifft das den Nerv des gemeinsamen Lebensraums, zu dem sich Straßburg und Kehl über die Jahre entwickelt haben. Die drei Monate währende Grenzschließung führt aufgrund der vielfältigen rheinübergreifenden Verflechtungen zu menschlichen Härten und Verwerfungen im deutsch-französischen Zusammenleben. Der Beitrag schildert die Wahrnehmung auf der Kehler Rheinseite.*

»Ich kann nicht mehr an den Rhein gehen«, sagt der Kunde an der Kasse zur Kassiererin. »Immer, wenn ich vor der verrammelten Passerelle stehe, kommen mir die Tränen.« Vor bald 20 Jahren sei er nach Kehl gezogen, erzählt er weiter, weil ihm die unmittelbare Nähe zu Straßburg so reizvoll erschien. Sie vermisse ihre Freundinnen aus der Tanzgruppe so sehr, beteiligt sich eine Frau aus der kurzen Warteschlange vor der Kasse unvermittelt am Gespräch. Vor wenigen Wochen hätten sie in Straßburg noch eine Aufführung gehabt. »Das war ein tolles Erlebnis, wenigstens das konnten wir noch machen.«

Der Tag der Grenzschließung liegt gerade einmal drei Wochen zurück, als dieses Gespräch unter Menschen stattfindet, die zufällig an einer Kasse in einem Kehler Lebens-

mittelladen zusammengetroffen sind. Ihnen – und nicht nur ihnen – scheint es bereits wie eine halbe Ewigkeit. Sicher: Während der Corona-Zeit, während des Lockdowns, zieht sich die Zeit wie Kaugummi. Sie rast nicht mehr, seit das öffentliche Leben eine Pause eingelegt. Das ist in Kehl nicht anders als in anderen deutschen Städten. Und doch ist es anders: Seit dem 16. März ist die Stadt nicht mehr ganz, sondern nur noch halb. 180 Grad statt 360.



Passerelle gesperrt

(Alle Fotos Stadt Kehl, Foto Seite 371 Bundespresseamt)



Blick von der Passerelle auf das Straßburger Rheinufer

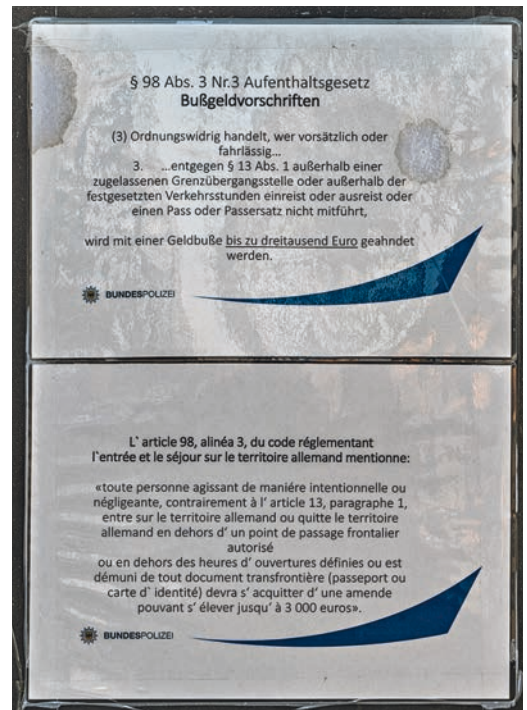
»Ich hätte niemals gedacht, dass wir so etwas erleben«, sagt ein Spaziergänger am Kehler Rheinufer, den Blick fest auf die französische Seite gerichtet. Er steht im Garten der zwei Ufer, der sich – wie der Name deutlich macht – links und rechts des Rheins erstreckt. Normalerweise. Nun ist auch dieser Park nur noch halb. Zweigeteilt.

So wie der Lebensraum – le bassin de vie, wie die französischen Nachbarn es ausdrücken –, der Straßburg und Kehl so eng verbindet, dass der Rhein längst nicht mehr als Grenze, sondern als integraler Bestandteil erlebt wird.

Bereits in den 1970er-Jahren stellte man in beiden Städten fest, dass stadtplanerische Entscheidungen am einen Rheinufer oft Auswirkungen auf die gegenüberliegende Seite hatten. Meist reichte schon eine simple Baustelle auf der B 28 in Kehl oder der damaligen Route Nationale 4 (heute Avenue du Rhin), damit sich die Autos auf der jeweils anderen Seite kilometerlang stauten. Trotz der Erkenntnis, dass gemeinsame Stadtplanung sinnvoll und wichtig wäre, dauerte es noch Jahre, bis man dazu überging, sich gegenseitig wenigstens zu informieren, dann zu konsultieren, worüber die ungleichen Partnerinnen am Rhein schließlich zur Kooperation gelangten.

Bald 30 Jahre existiert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Straßburg und Kehl und genauso lange mühen sich Stadtoberhäupter, Lokal- und Regionalpolitiker mit Unterstützung zahlreicher grenzüberschreitender Institutionen und Einrichtungen, die Kooperation in alle Lebensbereiche zu tragen, gefördert von Berlin, Paris, Stuttgart und über das

INTERREG-Programm der Europäischen Union. Natürlich ist auch nach bald drei Jahrzehnten jedes grenzüberschreitende Projekt noch immer auch ein Symbol für die deutsch-französische Freundschaft, für gelungene Versöhnung und für Friedensarbeit, aber im Vordergrund steht längst die Alltagstauglich-



Bußgeldvorschriften der Bundespolizei



Langer Stau an der Grenze

keit: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert immer dort am besten, wo sie dem Bürger direkten Nutzen bringt. Wenn es um Straßburg und Kehl geht, ist oft von einem Labor für Europa die Rede.

Das zeigt die grenzüberschreitende Krippe, in der jeweils 30 Kinder aus Straßburger und aus Kehler Familien von einem deutsch-französischen Fachkräfteteam betreut im deutsch-französischen Sprachbad und – fast noch wichtiger – mit beiden Kulturen aufwachsen. Auf dass die Grenze im Kopf erst gar nicht entstehe. Das beweist auch der sensationelle Erfolg der Tram über den Rhein mit drei Millionen Einzelfahrten im ersten Betriebsjahr bis zum Kehler Bahnhof und vier Millionen im ersten Betriebsjahr bis zum Kehler Rathaus. Gerechnet hatten die Vertragspartner Stadt Kehl und Eurométropole de Strasbourg mit 1,64 beziehungsweise 2,5 Millionen.

Am 16. März beendet ein Anruf der Bundespolizei bei den Straßburger Verkehrsbetriebern (CTS) dieses Erfolgsmodell des grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehrs abrupt, das bei seiner Einführung Frankreich und bundesweit Beachtung gefunden hatte. Die ersten Tramzüge – der Trambetrieb be-

ginnt um 4:30 Uhr – fahren noch über die Beatus-Rhenanus-Brücke, um acht Uhr ist Schluss. Die Order war aus Berlin gekommen, in Abstimmung mit Stuttgart. Die Bundespolizei hat die beiden von Straßburg über die Europabrücke führenden Fahrspuren auf eine verengt und stoppt jedes Auto. Hunderte Autofahrer müssen nach der Kontrolle umdrehen und wieder auf die französische Rheinseite zurückfahren. Der städtische Betriebshof ist aufgefordert, den von Fahrradfahrern und Fußgängern genutzten Teil der Trambrücke über den Rhein so zu verbarrikadieren, dass er nicht überklettert werden kann. Die Gitter sind am Ende zwei Meter hoch.

Auf der Plattform der Passerelle des deux Rives steht ein Fahrzeug der Landespolizei, daneben halten sich Polizisten auf. Die beiden Stege, die in den französischen Teil des Gartens der zwei Ufer führen, sind ebenfalls mit Barrieren abgeriegelt. Das rot-weiße Flatterband an den Aufgängen am Kehler Ufer wird rasch durch solide Bauzäune ersetzt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte die Passerelle des deux Rives Friedensbrücke genannt, als sie mit dem damaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy vor-





Gipelfoto 2009 vor der Passerelle auf der Straßburger Rheinseite

geschlagen hatte, den 60. NATO-Geburtstag 2009 in Straßburg und Kehl zu feiern. Das Gipelfoto mit 27 Staatsoberhäuptern und Regierungschefs, darunter der US-amerikanische Präsident Barack Obama, ist auf der Plattform der Passerelle entstanden. Auf dieser hängenden Insel über dem Fluss findet Begegnung statt zwischen Kehlern und Straßburgern und auch von Besuchern beider Städte. Wer in Kehl nach Lieblingsorten fragt, bekommt diese Plattform oft genannt und auch für Straßburg ist die Passerelle des *deux Rives* zu einem der Wahrzeichen geworden.

Damit Straßburg und Kehl diese Brücke über den Rhein (die nicht in der Unterhaltungslast der beiden Staaten liegt) bauen konnten, musste eigens ein deutsch-französisches Abkommen (das Freiburger Abkommen) geschlossen werden.

Dass es in Kehl einst 4000 Unterschriften gegen den Bau dieses architektonischen Kunstwerkes gab, ist längst vergessen: Die

meisten Kehler sind stolz auf ihre Brücken, auf die Passerelle und die Trambrücke. Als der Brückenschluss für die Trambrücke über dem Rhein im Dezember 2015 bei schönstem Sonnenschein stattfindet und sich die Oberbürgermeister von Kehl und Straßburg, Toni Vetrano und Roland Ries, gerührt umarmen, kontrolliert die französische Polizei die Einreise nach Frankreich. Die Attentate von Paris liegen erst wenige Wochen zurück. Der Anblick der bewaffneten Polizeibeamten und der lange Rückstau über die Europabrücke weit nach Kehl hinein, trüben die Freude über den Umstand, dass die beiden Städte innerhalb von nur elf Jahren zwei Brücken über den Grenzfluss gebaut haben.

Die Brücken, die Möglichkeit, ganz einfach zu Fuß von Deutschland nach Frankreich zu spazieren, in die Tram steigen zu können und dabei gar nicht mehr wahrzunehmen, dass man eine Staatsgrenze passiert, prägen das Lebensgefühl in Kehl. Die Tram, die dem Bahn-

hofsumfeld großstädtisches Flair verleiht und deren Ankunft am Rathaus durch die Umgestaltung des Rathausumfeldes zu einem neuen attraktiven Stück Innenstadt geführt hat, hatte sich so schnell ins Stadtbild integriert, dass sie bereits nach wenigen Monaten nicht mehr wegzudenken war.

Bis zum 16. März. Nicht nur die Endhaltestelle vor dem Rathaus mit ihren Kieselstein-Dächern wirkt seltsam überflüssig und verwaist, sondern auch die Innenstadt ist so leer wie zuletzt nach dem Attentat auf dem Straßburger Weihnachtsmarkt (11. Dezember 2018), als am Tag danach das Gerücht ging, der Attentäter habe sich nach Kehl geflüchtet. Damals hatten sich die Menschen in ihrem Entsetzen und ihrer Angst plötzlich nicht mehr in die Stadt getraut, dieses Mal ist die Besucherzahl in der Fußgängerzone langsam geschmolzen – wie Schnee im Frühling und im Gleichklang mit den immer weiter und schneller steigenden Zahlen von Menschen auf der französischen Rheinseite, deren Corona-Erkrankung einen so schweren Verlauf nimmt, dass sie in den Krankenhäusern behandelt werden müssen.

Wie ein Donnerschlag trifft am 11. März die Nachricht Kehl und Straßburg, dass das Robert-Koch-Institut die komplette Région Grand Est zum Risikogebiet erklärt. Auf der französischen Rheinseite fühlen sich die Menschen stigmatisiert, Mitarbeitende im Kehler Einzelhandel bekommen es mit der Angst zu tun, kommen doch immer noch zahlreiche Kundinnen und Kunden aus Straßburg in die Supermärkte und Geschäfte: Stammkunden, von denen jetzt plötzlich eine Gesundheitsge-



Endhaltestelle der Tram vor dem Kehler Rathaus

fahr ausgeht? Denn so muss es ja sein: Warum sollten sonst Grenzpendler, die im Elsass wohnen und in Kehl arbeiten, ab sofort zwei Wochen lang zu Hause bleiben müssen?

Auch bei der Stadt Kehl ist das Erschrecken zunächst groß: Wenn Straßburg zum Risikogebiet erklärt wird, müsste dann nicht auch Kehl Teil dieses Risikogebiets sein? Kann man trennen, was so eng verwoben ist? Die Vorstellung, dass sich ein Virus durch eine Grenze aufhalten lässt, scheint absurd. Und sowieso: welche Grenze? In Teilen der Kehler Bevölkerung führt die Verwirrung, welche die Einstufung des Robert-Koch-Institutes hervorgerufen hat, zu hässlichen Reaktionen: Menschen, die untereinander Französisch sprechen, werden auf der Straße angepöbelt und/oder aufgefordert, sich doch über den Rhein zu trollen. Vergessen ist dabei offenbar von einem Moment auf den anderen, dass in Kehl mehr als 3000 Menschen mit französischem Pass leben, Kehlerinnen und Kehler also.

Am Abend des 12. März, einem Donnerstag, beginnt die Bundespolizei am Kehler Fuß der Europabrücke mit intensiven Grenzkontrollen. Der Kehler Oberbürgermeister Toni Vetrano wird informiert, dass die Grenze geschlossen wird, als die Maßnahmen zur Verengung der Fahrbahn bereits laufen. Er informiert seinen

Straßburger Kollegen Roland Ries – der ist völlig ahnungslos und so schockiert, dass es ihm die Sprache verschlägt. Unterdessen machen Fotos von den Grenzkontrollen in sozialen Netzwerken bereits die Runde und werden an die französischen Medien geschickt. Die Stadt Kehl wird aufgefordert, auch die Passerelle des deux Rives sowie den Fuß- und Radweg auf der Trambrücke zu schließen.

Was die Ereignisse dieses Abends genau zu bedeuten haben, ist auch in Kehl nicht wirklich klar. Heißt Grenzschließung, dass auch die Grenzpendler den Rhein nicht mehr passieren können? Wenn plötzlich medizinisches Fachpersonal und Pflegekräfte aus der Eurométropole nicht mehr an ihre Arbeitsplätze im Kehler Krankenhaus, in der Diakonie Kork oder den Pflegeheimen gelangen könnten, wären systemrelevante Bereiche akut gefährdet. Mit Erleichterung vernimmt man daher in Kehl die Aussage der Kanzlerin vor der Bundespressekonferenz am späteren Abend des 12. März: Grenzen könnten in Europa nicht ohne Absprache mit den Nachbarn geschlossen werden, sagt sie und fügt hinzu: und schon gar nicht ohne Absprache mit dem großen Nachbarn Frankreich. Über das Wochenende finden an der Kehler Europabrücke kaum Grenzkontrollen statt, Passerelle und Trambrücke bleiben offen.

Dennoch hinterlässt dieses unabgestimmte Vorgehen Deutschlands bei den politischen Verantwortungsträgern in Straßburg Verletzungen. Der Straßburger Oberbürgermeister kommt bei gemeinsamen Erklärungen mit seinem Kehler Kollegen immer wieder darauf zu sprechen und als es am Montag, 16. März, dann tatsächlich zur – dann abgestimmten – Schließung der Grenze kommt, bringt die Stadt Straßburg auf ihrer Seite der Brücken nach Kehl Schilder an mit der Aufschrift: Achtung: Grenze auf der deutschen



Grenzkontrollen auf der Kehler Rheinseite

Seite geschlossen. Der Text ändert sich auch dann nicht, als die französische Grenzpolizei die Einreise nach Frankreich längst genauso streng kontrolliert wie ihre deutschen Kollegen. Der Akt der Grenzschließung von deutscher Seite wird als Willkür empfunden und das bleibt auch bis zur Grenzöffnung so.

Befeuert wird die Diskussion noch durch den Umstand, dass die Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg den Grenzpendlern das Einkaufen auf der deutschen Rheinseite verbietet. Der Passierschein, der ihnen den Grenzübertritt erlaubt, darf nur genutzt werden, um auf direktem Wege zum Arbeitsplatz und von dort wieder nach Hause zu gelangen. Nachvollziehbar ist dieses Einkaufsverbot nicht. Wenn es denn dem Infektionsschutz dienen soll und die Infektionsgefahr im Risikogebiet Grand Est höher ist als auf der deutschen Rheinseite, müsste Grenzpendlern aus dem Elsass dann nicht dringend empfohlen werden, in Baden einzukaufen? Die Gefahr, dass französische Arbeitnehmer am deutschen Rheinufer die Lebensmittelgeschäfte leerkaufen könnten, wie es offenbar in Stuttgart befürchtet wird, besteht nicht: Die Einzelhändler sind auf weit mehr Kunden aus dem Großraum Straßburg eingerichtet, als auf den Teil der rund 4000 Grenzpendler, der noch nach Kehl kommen darf.

Während Mitglieder der Stuttgarter Landesregierung die Vorzüge des Föderalismus



auch in der Corona-Krise preisen (weil man in Berlin schließlich nicht wissen könne, was der Gastronom im Schwarzwald brauche), verhallen die Appelle von lokalen und regionalen Politikern, das Einkaufsverbot für die systemrelevanten Grenzpendler doch bitte aufzuheben, viele Wochen lang ungehört. Bis die Regelung am 9. Mai schließlich gekippt wird, kommt es



Die leere Innenstadt von Kehl

entlang der Rheinschiene vielfach zu diskriminierenden Szenen, über die in den französischen Medien ausführlich berichtet wird und die das deutsch-französische Verhältnis vor Ort nachhaltig beschädigen: Polizisten, die eine französische Krankenschwester daran hindern, auf dem Rückweg von der Arbeit zu tanken, französische Grenzpendler, die sich in der Mittagspause beim Bäcker ein Brötchen kaufen möchten, werden von Einheimischen der Polizei gemeldet und verwarnt, Ortenauer rufen die Polizei, weil jemand hinter ihnen in der Warteschlange mit französischem Akzent spricht, Einheimische melden dem Kommunalen Ordnungsdienst der Stadt, dass sie Autos mit französischem Kennzeichen auf Supermarktparkplätzen entdeckt haben.

Die Stadt Kehl bietet zumindest Grenzpendlern, die im Krankenhaus und in der Pflege arbeiten, an, dass freiwillige Einkaufshelfer, die sich schon zu Beginn der Corona-Krise gemeldet haben und unter dem Meldekopf des Deutschen Roten Kreuzes registriert sind, für sie die Einkäufe erledigen und stellt dafür Bescheinigungen mit Stempel und Unterschrift aus, damit diejenigen, die den Service nutzen, auch bei der Einreise nach Frankreich keine Probleme bekommen. Die Demütigung, die zahlreiche Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer empfinden, lässt sich damit jedoch nicht heilen.

Der Eindruck, dass »Franzosen weiterhin massenhaft« in Kehl einkaufen, wie manche Anrufer beim Kommunalen Ordnungsdienst behaupten, wird zum einen durch Berichte verstärkt, dass Passierscheine für Grenzpendler im Internet gehandelt würden und zum anderen durch die Pressemitteilungen der Bundespolizei, in welchen die Versuche unvernünftiger Zeitgenossen dokumentiert werden, die Grenze trotz der Sperrungen und des Einreiseverbots zu überwinden. Für ein paar Packungen günstiger Zigaretten sind einzelne Bewohner der französischen Rheinseite offenbar bereit, die Zurückweisung an der Europa-Brücke zu ignorieren und mit Vollgas auf der B 28 weiterzufahren oder gar ihr Leben zu gefährden, indem sie den Rhein zu Fuß über die Bahnbrücke überqueren, über die auch während der Corona-Krise weiterhin Züge fahren. Dass es sich dabei um Einzelfälle handelt und Tausende von Grenzpendlern längere Arbeitswege und Wartezeiten an der Grenze in Kauf nehmen (müssen), um ihren Arbeitsplatz auf der deutschen Rheinseite zu erreichen, tritt dabei komplett in den Hintergrund.

Schmerzhaft hinterlässt die Grenzschließung auch bei Familien, die sich auf

beide Rheinseiten verteilen sowie bei deutsch-französischen Liebespaaren ohne Trauschein und gemeinsamen Wohnsitz. Wird die Trennung in den ersten zwei bis drei Wochen aufgrund der Corona-Lage noch akzeptiert, so melden sich in den langen Wochen danach immer mehr Menschen hilfeschend bei der Stadt Kehl, weil ihre individuellen Problemlagen für die Bundes- und Landesregierung keine triftigen Gründe für einen Grenzübertritt darstellen. »Ihr macht doch grenzüberschreitende Zusammenarbeit, dann macht doch endlich etwas«, lautet die vielgehörte und bisweilen verzweifelte Aufforderung am Telefon. »Wenn ihr uns jetzt nicht helfen könnt, was ist eure Arbeit dann wert?«

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat selbst auf dem Höhepunkt der Corona-Krise keine Pause eingelegt. Die Oberbürgermeister von Kehl und Straßburg halten Kontakt und die Verwaltungen arbeiten weiter – mit Telefon- und Videokonferenzen. So wird in der Corona-Zeit der INTERREG-Antrag für das Vorhaben, die Abwärme der Badischen Stahlwerke in Kehl grenzüberschreitend zu nutzen, erarbeitet, fertiggestellt und eingereicht. Die Abstimmung in digitalen Zusammenkünften erweist sich als deutlich schwieriger als bei persönlichen Treffen, wo Missverständnisse einfacher erkannt und manchmal durch einen kurzen Austausch am Rande einer Besprechung geklärt werden können. Dennoch gelingt es, den Antrag fristgerecht einzureichen. Dass dieses ehrgeizige Projekt mittelfristig 4500 Straßburger Haushalte und später auch Haushalte in Kehl sowie das geplante Kehler Kombi-Bad mit Wärme versorgen könnte und ein enormer Beitrag zum Klimaschutz wäre, tröstet jedoch niemanden, für den die aktuelle Grenzschließung eine besondere persönliche Härte darstellt.



Nach zehn Wochen Grenzschließung fährt die Straßburger Tram wieder bis zum Kehler Bahnhof – aber nur für Grenzpendler und für begründete Ausnahmefälle

Der Beispiele gibt es viele: Betagte Eltern oder Elternteile, welche sonst von ihren auf der anderen Rheinseite lebenden Kindern unterstützt werden, Lebenspartner, die jenseits der Grenze in die Klinik eingeliefert werden (nicht wegen Corona), Menschen, die Eltern oder Großeltern pflegen, im Homeoffice arbeiten müssen und dringend auf Hilfe der Partnerin oder des Partners jenseits des Rheins angewiesen wären. Selbst bei der Übergabe von Kindern von getrenntlebenden deutsch-französischen Paaren, die sich das Sorgerecht teilen, kommt es zeitweise zu Schwierigkeiten. Auch Pferdebesitzer, die in Straßburg wohnen und ihre Tiere in einem Stall auf der badischen Rheinseite stehen haben, stehen vor unerwarteten Problemen. Die für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Kehl und Straßburg zuständigen Mitarbeitenden sind hier völlig machtlos: Sie können verzweifelten Anrufern oft nur raten, zur Grenze zu fahren und den Beamten ihr persönliches Schicksal zu schildern. Manchmal haben diese ein Einsehen und lassen Betroffene passieren.

Trotzdem beginnen Menschen, ihren grenzüberschreitenden Lebensentwurf infrage zu stellen: Mancher Grenzpendler



denkt offenbar darüber nach, ob man auf der deutschen Rheinseite zwar seine Arbeitskraft schätzt, ihn aber ansonsten aber als Menschen zweiter Klasse sieht. Zwar haben sich auch viele deutsche Arbeitgeber für ihre Mitarbeitenden von der französischen Rheinseite eingesetzt – aber ebenfalls lange ohne Erfolg. Und auch einige Familien, die bislang mit einem auf beide Rheinseiten verteilten Leben

gut zurechtgekommen sind, reflektieren, ob dieses Modell noch trägt. In offenen Briefen und Leserzuschriften in den Zeitungen auf beiden Rheinseiten wird die Frage gestellt, ob der hochgelobte Aachener Vertrag das Papier wert ist, auf dem er gedruckt wurde. Aus Bürgersicht dauert es viel zu lange, bis der aus dem Vertrag hervorgegangene grenzüberschreitende Ausschuss sich zu Wort meldet.

Dass die durch einen unbekanntenen Virus ausgelöste Krise von den nationalen Regierungen rasche Entscheidungen erforderte, die nicht bis auf die lokale Ebene abgesprochen werden und die keine Einzelschicksale berücksichtigen konnten, ist einleuchtend. Dennoch wünschen sich Straßburg und Kehl, dass die Leuchtturmprojekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht nur gefeiert (und dann offenbar wieder vergessen) werden, sondern dass in Berlin, Paris und Stuttgart auch die besondere Lebenssituation in diesem grenzüberschreitenden Raum als gegeben zur Kenntnis genommen wird. Labor Europas zu sein, ergibt nur dann einen Sinn, wenn die Erkenntnisse aus diesem Labor auch nachhaltige Wirkung zeigen. Die Krise und der dadurch an der Grenze ausgelöste Schock, bergen daher auch eine Chance: Beide Sei-



Diakonie Kork in Kehl:  
Hier arbeiten viele Grenzpendler aus dem Elsass

ten setzen sich zusammen, um Strukturen und Vorgehensweisen zu erarbeiten, die verhindern sollen, dass sich eine solche Grenzschließung und damit eine Zerschneidung des rheinüberschreitenden Lebensraums wiederholen kann. Das erste virtuelle Treffen, in Form einer Videokonferenz, hat bereits stattgefunden.

Die institutionelle Zusammenarbeit allein wird jedoch nicht ausreichen, um den auf der persönlich-menschlichen Ebene entstandenen Schaden wieder gut zu machen. Es wird viel Begegnung brauchen, damit wieder zusammenfindet, was über den Rhein hinweg in vielen Jahren zusammengewachsen war.



Anschrift der Autorin:  
Annette Lipowsky  
Stadtverwaltung Kehl  
Leiterin Stabstelle OB-Büro/  
Presse- und Öffentlichkeits-  
arbeit/Grenzüberschreitende  
Zusammenarbeit  
Directrice de cabinet du maire  
Rathausplatz 1  
77694 Kehl